

Niederschrift
26. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Sitzungstermin:	Donnerstag, 27.05.2004
Sitzungsbeginn:	19:30 Uhr
Sitzungsende:	22:30 Uhr
Ort, Raum:	Stadtallendorf, Bahnhofstr. 2, Sitzungssaal der Stadtverordnetenversammlung

Gesetzl. Mitgliederzahl: 37

**davon stimmberechtigt anwesend: 33 (19 CDU,
8 SPD, 3 REP, 2 AGS, 1 BB-FDP)**

Stadtverordnetenvorsteher:

Herr Hans-Georg Lang

Stadtverordnete/r:

Herr Otmar Bonacker

Herr Markus Becker

Herr Robert Botthof

Herr Wolfgang Curdt

Herr Joachim Dziuba

Herr Günther Ettel

Herr Gerhard Feldpausch

Herr Horst Fisbeck

Herr August Görge

Frau Dr. Uta Gruß

Herr Werner Hesse

Herr Tobias Karlein

Herr Winand Koch

Herr Hans-Dieter Langner

Herr Konrad Martin

Herr Jochen Metz

Herr Werner Metzger

Frau Carla Mönninger-Botthof

Frau Gabriele Nau

Herr Günter Nowak

Frau Susanne Reitmeier

Herr Stefan Rhein

Herr Nils Runge

Herr Heinz-Jürgen Ruske

Herr Klaus Ryborsch

Herr Rudi Scharn

Frau Ilona Schaub

Herr Christian Somogyi

Herr Manfred Thierau
Herr Norbert Thierau
Herr Siegfried Ueberall
Herr Bernd Zink

Vom Magistrat:

Herr Manfred Vollmer
Herr Heinrich Reinhardt
Herr Helmut Hahn
Herr Gerhard Jarosch
Herr Gerhard Kroll
Herr Peter Mehlinger

Ortsvorsteher/in:

Herr Herbert Balzer
Herr Frank Drescher
Herr Adolf Fleischhauer
Frau Maria März

(ab TOP 11)

Entschuldigt fehlen:

Herr Stadtverordneter Jürgen Behler
Herr Stadtverordneter Dr. Branco Marcovici
Herr Stadtverordneter Heinz Mengel
Herr Stadtverordneter Wolfgang Salzer
Herr Stadtrat Helmut Botthof
Frau Stadträtin Ursula Rogg
Herr Ihsan Ögretmen, Vorsitzender Ausländerbeirat

Schriftführer:

Breitenstein, Jürgen Dipl. Verw. FH

/ Die Anwesenheitsliste wird Bestandteil des Original-Protokolls.

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Fragestunde
- 2.1 Anfrage gem. § 23 a GO der Frau Stv. Susanne Reitmeier (SPD-Fraktion) vom 17.05.2004 (eingegangen am 18.05.2004), betr. Jährliche Zahlungen an Caritas und Diakonie
Vorlage: SPD/2004/0011
- 2.2 Anfrage gem. § 23 a GO des Herrn Stadtverordneten Werner Hesse (SPD-Fraktion) vom 18.05.2004 (eingegangen am 18.05.2004), betr. Förderung der Stadt Stadtallendorf durch den Mittelhessischen Kultursommer
Vorlage: SPD/2004/0012
- 2.3 Anfrage gem. § 23 a GO des Herrn Stadtverordneten Nils Runge (SPD-Fraktion) vom 19.05.2004 (eingegangen am 19.05.2004), betr. Bebauung im Bereich Wetzlarer Straße
Vorlage: SPD/2004/0013

- 2.4 Anfrage gem. § 23 a GO des Herrn Stadtverordneten Christian Somogyi vom 19.05.2004 (eingegangen am 19.05.2004); betr. Baumaßnahme Bürgerhaus Niederklein
Vorlage: SPD/2004/0014
- 3 Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffinnen und Schöffen für die Zeit vom 01.01.2005 bis 31.12.2008
Vorlage: FB3/2004/0004
- 4 59. FNP-Änderung "Sonderbaufläche für den Pferdesport und die Pferdehaltung" im Stadtteil Schweinsberg
Vorlage: FB4/2004/0042
- 5 Erschließungsanlage "Holzwiesenstraße"
Vorlage: FB4/2004/0037
- 6 Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Zum Schafgarten" im Stadtteil Schweinsberg, Satzungsbeschluss
Vorlage: FB4/2004/0027
- 7 Verkauf der Grundstücke Schweinsberg Flur 6, Flst. 113/13 und 113/14 "Stockwiesen (Optionsverkauf)
Vorlage: FB4/2004/0025
- 8 Einführung der flächendeckenden Doppik
Vorlage: FB1/2004/0031
- 9 1. Änderungssatzung zur Mietordnung für die Überlassung städtischer Gemeinschaftseinrichtungen
Vorlage: DuI/2004/0007
- 10 Zuschüsse an soziale Einrichtungen
Vorlage: FB2/2004/0008
- 11 Festlegung der Kriterien zur Vergabe von städtischen Bauplätzen;
a) allgemeine Vergabekriterien
b) Vergaberegung für Baugebiete in der Kernstadt
c) Vergaberegung für Baugebiete in den Stadtteilen
Vorlage: FB4/2004/0026
- 12 Meinungsbildung der Stadt Stadtallendorf zur Frage der Umsetzung der künftigen Regelungen für erwerbsfähige Arbeitslose; Antrag gem. § 14 GO der SPD-Fraktion vom 08.03.2004 (eingegangen am 09.03.2004)
Vorlage: SPD/2004/0003
- 13 Bemühungen zur Verbesserung der Attraktivität des Freibades; Antrag gem. § 14 GO der SPD-Fraktion vom 10.05.2004 (eingegangen am 11.05.2004)
Vorlage: SPD/2004/0007
- 14 Erhalt des Schulangebotes in Stadtallendorf; Antrag gem. § 14 GO der SPD-Fraktion vom 10.05.2004 (eingegangen am 11.05.2004)
Vorlage: SPD/2004/0008

- 15 Erhalt der Möglichkeit der wirtschaftlichen Bestätigung für Stadtallendorf -
Gegen eine entsprechende Änderung der Hessischen Gemeindeordnung; Antrag
gem. § 14 GO der SPD-Fraktion vom 10.05.2004 (eingegangen am 11.05.2004)
Vorlage: SPD/2004/0009
- 16 Notwendige Maßnahmen für Hochwasserschutz; Anfrage gem. § 23 b GO der
SPD-Fraktion vom 10.05.2004 (eingegangen am 11.05.2004)
Vorlage: SPD/2004/0010
- 17 Kenntnisnahmen
- 18 Mitteilungen
- 19 Verschiedenes

Inhalt der Verhandlungen:

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung

Herrn Stadtverordnetenvorsteher Lang eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung. Sein besonderer Gruß gilt den Mitgliedern des Magistrats, an der Spitze Herrn Bürgermeister Vollmer und Herrn Ersten Stadtrat Reinhardt. Er begrüßt weiterhin die Dame und die Herren Ortsvorsteher, die Vertreter der Presse sowie die Zuschauer.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang gratuliert Herrn Stv. Behler (SPD) zu seinem heutigen 50. Geburtstag und wünscht ihm von dieser Stelle aus alles Gute. Herr Stv. Behler hat sich für die heutige Sitzung entschuldigt.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang stellt die Beschlussfähigkeit des Hauses fest. Er stellt ferner fest, dass die Einladung form- und fristgerecht ergangen ist.

Er verliest ein gemeinsames Schreiben aller Ortsvorsteher zu TOP 11 (Festlegung der Kriterien zur Vergabe von städtischen Bauplätzen) und begründet, warum er dem Wunsch der Ortsvorsteher, diesen Tagesordnungspunkt abzusetzen, nicht nachkomme. Er gibt hierzu eine ausführliche Stellungnahme ab und geht hierbei auch auf die Mustergeschäftsordnung des Hess. Städte- und Gemeindebundes ein, die auch Grundlage der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Stadtallendorf sei.

Herr Stv. Nowak (SPD) beantragt, den TOP 11 um eine Sitzung zu verschieben.

Es wird keine Diskussion zu diesem Geschäftsordnungsantrag zugelassen.

Es wird über den Geschäftsordnungsantrag des Herrn Stv. Nowak (SPD) abgestimmt, den TOP 11 auf die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu verschieben.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja (SPD, AGS, BB-FDP)
22 Nein (CDU, REP)

**TOP 2.4 Anfrage gem. § 23 a GO des Herrn Stadtverordneten Christian Somogyi vom 19.05.2004 (eingegangen am 19.05.2004); betr. Baumaßnahme Bürgerhaus Niederklein
Vorlage: SPD/2004/0014**

Herr Bürgermeister Vollmer beantwortet die Anfrage. Zusatzfragen ergeben sich nicht.

**TOP 3 Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffinnen und Schöffen für die Zeit vom 01.01.2005 bis 31.12.2008
Vorlage: FB3/2004/0004**

Fachausschuss für öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie Soziales,
19.05.2004

Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

Fachausschuss für Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerung, Finanzen,
25.05.2004

Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang erläutert den Sachverhalt und erklärt, dass man im eigentlichen Sinne keine Wahl durchführe, sondern nur eine Vorschlagsliste erstellen würde. Er weist darauf hin, dass der zunächst vorgeschlagene Vertreter der Fraktion „Die Republikaner“, Herr Hans-Dieter Langner, auf die Benennung verzichtet habe.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang gibt die durch den Ältestenrat erstellte Vorschlagsliste mit folgenden 12 Personen bekannt:

Lfd. Nr.:	Name, Vorname
1	Mehlinger, Peter
2	Vollmer, Margot
3	Dziuba-Berg, Ursula
4	März, Maria
5	Ryborsch, Klaus
6	Kubitza, Birgit
7	Mohr, Gertrud
8	Hahn, Helmut
9	Runge, Nils
10	Mengel, Walter
11	Ettel, Johanna
12	Jennemann, Maria

Im Ältestenrat wurde vereinbart, über die Liste offen und ohne Aussprache abzustimmen.

Beschluss:

Der Magistrat bittet die Stadtverordnetenversammlung um folgende Beschlussfassung:

Für die Neuwahl der Schöffinnen und Schöffen durch den Schöffenwahlausschuss beschließt die Stadtverordnetenversammlung mit der gemäß § 36 Abs. 1 Satz 2 Gerichtsverfassungsgesetz erforderlichen $\frac{2}{3}$ Mehrheit die durch den Ältestenrat erstellte Vorschlagsliste mit folgenden 12 Personen:

Lfd. Nr.:	Name, Vorname
1	Mehlinger, Peter
2	Vollmer, Margot
3	Dziuba-Berg, Ursula
4	März, Maria
5	Ryborsch, Klaus
6	Kubitza, Birgit
7	Mohr, Gertrud
8	Hahn, Helmut
9	Runge, Nils
10	Mengel, Walter
11	Ettel, Johanna
12	Jennemann, Rita

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 4 59. FNP-Änderung "Sonderbaufläche für den Pferdesport und die Pferdehaltung" im Stadtteil Schweinsberg
Vorlage: FB4/2004/0042

Fachausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft,
19.05.2004

Abstimmungsergebnis: Ja 9

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss:

Der Magistrat bittet die Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Anlage dargelegte Abwägung über die eingegangenen Bedenken und Anregungen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die 59. Änderung des Flächennutzungsplanes nebst Erläuterungsbericht.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 5 Erschließungsanlage "Holzwiesenstraße"
Vorlage: FB4/2004/0037

Fachausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft,
19.05.2004

Abstimmungsergebnis: Ja 9

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss:

Der Magistrat empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, nachfolgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Anlage beigefügte Abweichungssatzung für die Erschließungsanlage „Holzwiesenstraße“.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 6 Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Zum Schafgarten" im Stadtteil Schweinsberg, Satzungsbeschluss
Vorlage: FB4/2004/0027

Fachausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft,
19.05.2004

Abstimmungsergebnis: Ja 6, Enthaltung 3

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss:

Der Magistrat bittet die Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Aufhebung des Satzungsbeschlusses gem. § 2 (4) BauGB vom 23. Juni 2003.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 10 (1) BauGB den vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Zum Schafgarten“ in der Fassung von 12/2003 als Satzung.
3. Ferner beschließt die Stadtverordnetenversammlung die in den Bebauungsplan auf der Grundlage der Ermächtigung des § 9 (4) BauGB aufgenommenen Gestaltungsfestsetzungen gemäß § 81 HBO als Satzung.

Abstimmungsergebnis: 25 Ja (CDU, REP, AGS, BB-FDP)
7 Nein (SPD)

**TOP 7 Verkauf der Grundstücke Schweinsberg Flur 6, Flst. 113/13 und 113/14
"Stockwiesen (Optionsverkauf)
Vorlage: FB4/2004/0025**

Fachausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft,
19.05.2004

Abstimmungsergebnis: Ja 9

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss:

Der Magistrat bittet die Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Verkauf der Grundstücke Schweinsberg Flur 6 Flst. 113/13, „Stockwiesen“ in Größe von 11.400 m² und Flst. 113/14 in Größe von 20 m², an die Firma Horst Braun, Anlagenverwaltung, Am Friedenstein 1 in 35287 Amöneburg, zu.
2. Der Kaufpreis beträgt 15,34 €/m² zzgl. Erschließungskosten bzw. 12,78 €/m² zzgl. Erschließungskosten für den nicht bebaubaren Streifen in Breite von 10 Meter entlang des parallel zur Landesstraße verlaufenden Wassergrabens (Schweinsberg Flur 6 Flst. 95). Nach der Flächenberechnung der Verwaltung entfallen hiernach:

9.830 m ² mit 15,34 €/m ² =	150.792,20 €
1.590 m ² mit 12,78 €/m ² =	<u>20.320,20 €</u>
gesamt:	171.112,40 €

Die Kaufpreiszahlung soll auf 2 Jahre aufgeteilt werden und zwar die erste Hälfte, in Höhe von 85.556,20 €, ist im Jahr 2004 fällig, der zweite Kaufpreisbetrag im Jahr 2006.

3. Der Käufer trägt die mit dem Kaufvertrag verbundenen Kosten.
4. Der Käufer verpflichtet sich, auf einem Teilstück des Grundstückes innerhalb von 2 Jahren nach Vertragsabschluss einen Betrieb zur Produktion von Estrichplatten zu errichten.
5. Die Lage des Grundstückes ist aus dem anliegenden Plan zu ersehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**TOP 8 Einführung der flächendeckenden Doppik
Vorlage: FB1/2004/0031**

Fachausschuss für Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerung, Finanzen,
25.05.2004

Abstimmungsergebnis: Ja 7, Nein 2

Zur Sache spricht Frau Stv. Schaub (CDU) und signalisiert Zustimmung zu der Vorlage.

Herr Stv. Hesse (SPD) gibt eine ausführliche Stellungnahme ab und betont, dass seine Fraktion die Vorlage ablehnen werde.

Herr Stv. Ettl (AGS) spricht zur Thematik und signalisiert Zustimmung seiner Fraktion.

Frau Stv. Schaub (CDU) geht in ihren weiteren Ausführungen noch einmal auf den Redebeitrag von Herrn Stv. Hesse (SPD) ein.

Herr Bürgermeister Vollmer gibt eine ausführliche Stellungnahme zum Sachverhalt ab und geht hierbei insbesondere auf Herrn Stv. Hesse (SPD) ein.

Zur Sache spricht abschließend Herr Stv. Hesse (SPD) und geht hierbei auf die Redebeiträge von Frau Stv. Schaub (CDU) und Herrn Bürgermeister Vollmer ein.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgende Beschlüsse:

1. Der Beschluss vom 10.07.2003, die Doppik zum 01.01.2005 einzuführen, wird aufgehoben.
2. Die Stadt Stadtallendorf führt die flächendeckende Doppik erst dann ein, wenn durch das Land Hessen die rechtlichen Rahmenbedingungen zweifelsfrei geschaffen worden sind.

Abstimmungsergebnis: 25 Ja (CDU, REP, AGS, BB-FDP)
8 Nein (SPD)

TOP 9 1. Änderungssatzung zur Mietordnung für die Überlassung städtischer Gemeinschaftseinrichtungen **Vorlage: DuI/2004/0007**

Fachausschuss für Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerung, Finanzen,
25.05.2004

Abstimmungsergebnis: Ja 7, Nein 2

Herr Stv. Zink (CDU) spricht zur Sache und signalisiert Zustimmung seiner Fraktion.

Herr Stv. Hesse (SPD) begründet, warum seine Fraktion die Vorlage abgesetzt haben möchte. Er signalisiert Ablehnung der Vorlage.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung wird um folgenden Beschluss gebeten:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der als Anlage beigefügten 1. Änderungssatzung zur Mietordnung für die Überlassung städtischer Gemeinschaftseinrichtungen zu.

Abstimmungsergebnis: 23 Ja (CDU, REP, BB-FDP)
9 Nein (SPD, AGS)

TOP 10 Zuschüsse an soziale Einrichtungen
Vorlage: FB2/2004/0008

Fachausschuss für Jugend, Senioren, Kultur und Sport, 18.05.2004

Abstimmungsergebnis: Ja 6, Nein 3

Fachausschuss für Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerung, Finanzen, 25.05.2004

Abstimmungsergebnis: Ja 7, Nein 2

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion vor, der von Frau Stv. Reitmeier (SPD) begründet wird. Sie signalisiert Ablehnung der Vorlage, wenn der Änderungsantrag ihrer Fraktion abgelehnt werden sollte.

Zur Sache sprechen weiter die Herren Stv. Ryborsch (CDU), Ettel (AGS), Thierau (REP) und Koch (BB-FDP) und signalisieren Zustimmung zur Vorlage und Ablehnung zum Änderungsantrag.

Es wird zunächst über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion abgestimmt:

Antragstext:

In der Liste der Zuschüsse wird der Ansatz für den Verein für Beratung und Therapie auf 20.000,00 € (Zusage für drei Jahre) erhöht.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja (SPD)
25 Nein (CDU, REP, AGS, BB-FDP)

Es folgt nun die Abstimmung zur Vorlage.

Beschluss:

Der Magistrat bittet die Stadtverordnetenversammlung, den in der Anlage aufgeführten sozialen Einrichtungen die nachfolgenden Zuschussbeträge für die Laufzeit von 3 bzw. 5 Jahren ab dem 01.01.2005 zu bewilligen.

Abstimmungsergebnis: 24 Ja (CDU, REP, AGS, BB-FDP)
7 Nein (SPD)
1 Enthaltung (CDU)

**TOP 11 Festlegung der Kriterien zur Vergabe von städtischen Bauplätzen;
a) allgemeine Vergabekriterien
b) Vergaberegulung für Baugebiete in der Kernstadt
c) Vergaberegulung für Baugebiete in den Stadtteilen
Vorlage: FB4/2004/0026**

Fachausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft,
19.05.2004

Abstimmungsergebnis: Ja 6, Nein 3

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion vor, der von Herrn Stv. Bonacker (CDU) begründet wird.

Herr Stv. Ettel (AGS) kritisiert die Verfahrensweise zur Beteiligung der Ortsbeiräte und signalisiert Ablehnung zu diesem Tagesordnungspunkt.

Herr Stv. Koch (BB-FDP) geht auf den Inhalt der Vorlage und auf die Verfahrensweise ein. Er erklärt, dass aus seiner Sicht eine Beteiligung der Ortsbeiräte hier nicht gewünscht sei. Er bittet darum, die Verschiebung dieses Tagesordnungspunktes doch noch zu überlegen und der Vorlage heute in dieser Form nicht zuzustimmen.

Eine Frage des Herrn Stv. Hesse (SPD) an Herrn Stv. Bonacker (CDU) zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion wird von diesem beantwortet.

Herr Bürgermeister Vollmer spricht zur Sache und geht hierbei auf die allgemeinen Vergabekriterien näher ein.

Herr Stv. Hesse (SPD) kritisiert die Verfahrensweise und geht auf den Inhalt der Vorlage näher ein. Er bemängelt, dass Nachbesserungen nicht vorgenommen worden seien.

Herr Stv. Thierau (REP) signalisiert Zustimmung seiner Fraktion sowohl zur Vorlage, als auch zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion. Er geht auf seinen Vorredner näher ein.

Zur Sache spricht Herr Stv. Koch (BB-FDP) und bittet nochmals um Rücknahme der Vorlage von der heutigen Sitzung.

Herr Stv. Ettel (AGS) verwahrt sich gegen die gemachten Äußerungen von Herrn Stv. Thierau (REP). Er geht hierbei noch einmal auf die gesetzlichen Bestimmungen der Hess. Gemeindeordnung (HGO) und ihrer Auslegung durch Kommentierungen näher ein.

Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen nicht vor.

Es wird zunächst über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion abgestimmt:

Antragstext:

Ziff. c) Abs. 2 des Beschlussvorschlages wird wie folgt ergänzt:

„Unbeschadet dieser Regelung sind für einen solchen Fall 1 – 3 Baugrundstücke zwei Jahre zurückzuhalten, ehe diese endgültig veräußert werden.“

Abstimmungsergebnis: 22 Ja (CDU, REP)
10 Nein (SPD, AGS, BB-FDP)

Es folgt nun die Abstimmung zur Vorlage:

Beschluss:

zu a) – allgemeine Vergabekriterien

Die Verwaltung führt Listen, in denen sich Bewerber für ein städtisches Baugrundstück aufnehmen lassen können.

Als Bewerber oder Bewerberin werden nur solche Personen aufgenommen, die

- volljährig sind,
- eine abgeschlossene Berufs- oder Hochschulausbildung nachweisen und
- zum Zeitpunkt der Bewerbung über kein Wohneigentum verfügen.

Die Vergabe von städtischen Bauplätzen erfolgt nicht ausschließlich nach zeitlichem Eingang der Bewerbung. Vorrangig ist bei der Vergabe darauf zu achten, dass

- soziale Gesichtspunkte berücksichtigt werden und
- eine sozialverträgliche Durchmischung der Baugebiete entsteht.

Eine Mindestwohndauer in der Kernstadt oder den Stadtteilen ist kein Vergabekriterium.

zu b) – Vergaberegulung für Baugebiete in der Kernstadt

Städtische Bauplätze in der Kernstadt werden zur Deckung des fehlenden Wohnraumbedarfs geschaffen und sollen daher vorrangig Einwohnern der Stadt Stadtallendorf zum Kauf angeboten werden. Dabei sind Einwohner der Kernstadt und der Stadtteile gleichrangig.

Auswärtigen, die in Stadtallendorf arbeiten und ihren Wohnsitz nach Stadtallendorf verlegen wollen, soll die Möglichkeit gegeben werden, ebenfalls einen Bauplatz erwerben zu können.

zu c) – Vergaberegulung für Baugebiete in den Stadtteilen

1. Von der Zahl neu geschaffener Bauplätze in den Stadtteilen, die sich in städtischem Eigentum befinden, kann ein Anteil von 25% an Bewerber und Bewerberinnen der Kernstadt oder an Auswärtige verkauft werden, auch wenn

sie keinen Bezug zum jeweiligen Stadtteil nachweisen können. Ergibt sich bei der Berechnung ein Bruchteil, so ist dieser auf einen vollen Bauplatz aufzurunden.

2. Von den darüber hinaus verbleibenden Bauplätzen kann der Magistrat zum Zweck der zeitnahen Refinanzierung der aufgewendeten Kosten weitere Bauplätze an Interessenten aus der Kernstadt oder an Auswärtige verkaufen, soweit zum Zeitpunkt der Bebaubarkeit der Grundstücke keine Kaufanwärter aus dem jeweiligen Stadtteil vorhanden sind. **Unbeschadet dieser Regelung sind für einen solchen Fall 1 – 3 Baugrundstücke zwei Jahre zurückzuhalten, ehe diese endgültig veräußert werden**

Abstimmungsergebnis: 22 Ja (CDU, REP)
10 Nein (SPD, AGS, BB-FDP)

**TOP 12 Meinungsbildung der Stadt Stadtallendorf zur Frage der Umsetzung der künftigen Regelungen für erwerbsfähige Arbeitslose; Antrag gem. § 14 GO der SPD-Fraktion vom 08.03.2004 (eingegangen am 09.03.2004)
Vorlage: SPD/2004/0003**

Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang weist darauf hin, dass der Antrag in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25.03.2004 an den Fachausschuss für Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerung, Finanzen verwiesen wurde.

Der Fachausschuss für Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerung, Finanzen hat in seiner Sitzung am 25.05.2004 die Nr. 1 des Antrages am Ende um die Formulierung „... unterrichten, **sobald der Magistrat hierzu über nähere Informationen verfügt.**“ ergänzt.

Über die Nr. 2 und 3 hat der Fachausschuss nicht abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig (Abstimmung nur Nr. 1)

Herr Stv. Hesse (SPD) spricht zur Thematik und erklärt, dass die Punkte 2 und 3 des Antrages zurück genommen werden.

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, die städtischen Gremien in geeigneter Form über die Entscheidungsmöglichkeit des Kreises bei der Frage der Umsetzung der künftigen Regelungen für erwerbsfähige Arbeitslose und die mit den verschiedenen Varianten verbundenen möglichen Konsequenzen – vor allem auch in finanzieller Hinsicht für die Kommunen – zu unterrichten, **sobald der Magistrat hierzu über nähere Informationen verfügt.**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**TOP 13 Bemühungen zur Verbesserung der Attraktivität des Freibades; Antrag gem. § 14 GO der SPD-Fraktion vom 10.05.2004 (eingegangen am 11.05.2004)
Vorlage: SPD/2004/0007**

Herr Stadtverordneter Becker (SPD) begründet den Antrag seiner Fraktion und bittet um Zustimmung.

Zur Sache spricht weiter Herr Stadtverordneter Ryborsch (CDU) und signalisiert Zustimmung zu Abs. 1 des vorliegenden Antrages. Er betont, dass man den Antrag ablehnen werde, falls man auf den gesamten Antragstext bestehen würde.

Zur Sache spricht weiter Herr Stadtverordneter Ettl (AGS) und erklärt, dass man dem vorliegenden Antrag in allen Punkten zustimmen werde.

Es erfolgt punktuelle Abstimmung:

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Der Magistrat wird beauftragt Vorschläge zu erarbeiten, die die neu entstandene Situation – bedingt durch die Rodung der Bäume und Büsche für die Baumaßnahme „Anbindung Waldstraße/B454“ – verbessern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2. Durch geeignete Maßnahmen soll in diesem Bereich der Lärm- und Sichtschutz gewährleistet werden. Die Gestaltungsmöglichkeit eines bepflanzten Erdwalles, ähnlich wie im Bereich der Waldstraße, sollte überprüft werden.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja (SPD, AGS, BB-FDP)
22 Nein (CDU, REP)

Herr Bürgermeister Vollmer weist darauf hin, dass beabsichtigt sei, 2 m hohe Schilfmatten als Sichtschutz anzubringen.

**TOP 14 Erhalt des Schulangebotes in Stadtallendorf; Antrag gem. § 14 GO der SPD-Fraktion vom 10.05.2004 (eingegangen am 11.05.2004)
Vorlage: SPD/2004/0008**

Vor Aufrufen des Tagesordnungspunktes 14 (Erhalt des Schulangebotes in Stadtallendorf; Antrag gem. § 14 GO der SPD-Fraktion vom 10.05.2004 – eingegangen am 11.04.2004 – übernimmt der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher, Herr Bonacker, die Sitzungsleitung. Der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher, Herr Bonacker, ruft den Tagesordnungspunkt auf und weist darauf hin, dass zu diesem Antrag der SPD-Fraktion ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion vorliege.

Zunächst begründet Frau Stadtverordnete Reitmeier (SPD) den Antrag ihrer Fraktion und bittet um Zustimmung.

Herr Stadtverordneter Lang (CDU) begründet den Änderungsantrag seiner Fraktion.

Zur Sache spricht Herr Stadtverordneter Ettel (AGS) und signalisiert Zustimmung zu beiden Anträgen.

Herr Stadtverordneter Somogyi (SPD) spricht zur Thematik und bittet um Zustimmung zum vorliegenden Antrag seiner Fraktion.

Eine Frage des Herrn Stadtverordneten Hesse (SPD) an den stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher, Herr Bonacker, zur Verfahrensweise, wird von diesem beantwortet.

Herr Stadtverordneter Ettel (AGS) erklärt nochmals, dass man zu beiden Anträgen die Zustimmung erteilen werde.

Herr Stadtverordneter Curdt (CDU) erklärt die Verfahrensweise zur Abstimmung.

Zur Verfahrensweise spricht abschließend Herr Stadtverordneter Hesse (SPD).

Nachdem die Verfahrensweise zur Abstimmung der beiden Anträge geklärt ist, wird zunächst über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion abgestimmt.

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt, dass sich der Kreisausschuss des Landkreises Marburg-Biedenkopf als Schulträger über den Hessischen Landkreistag dafür eingesetzt hat, dass ein regionalausgewogenes Schulangebot im Landkreis Marburg-Biedenkopf erhalten bleibt, die Handlungsspielräume der Schulträger nicht eingeschränkt werden sollen und der Landesgesetzgeber bei der Novellierung das in der Landesverfassung verankerte Konnexitätsprinzip beachten muss.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert in diesem Zusammenhang, dass auch künftig Ausnahmen von der Mindestzügigkeit sowie von festgelegten Richtwerten an den Schulen möglich sein müssen, damit die in Stadtallendorf bestehenden Schulen weiteren Bestand haben.

Der Magistrat wird beauftragt, sich in diesem Sinne beim Schulträger und über den kommunalen Spitzenverband bei der Hessischen Landesregierung einzusetzen.

Abstimmungsergebnis: 25 Ja (CDU, REP, AGS, BB-FDP)
 7 Nein (SPD)

Es folgt nun die Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion.

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt, dass sich der Kreisausschuss des Landkreises Marburg-Biedenkopf als Schulträger über den Hessischen Landkreistag dafür eingesetzt hat, dass ein regionalausgewogenes Schulangebot

im Landkreis Marburg-Biedenkopf erhalten bleibt, die Handlungsspielräume der Schulträger nicht eingeschränkt werden sollen und der Landesgesetzgeber bei der Novellierung das in der Landesverfassung verankerte Konnexitätsprinzip beachten muss.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert in diesem Zusammenhang, dass auch künftig Ausnahmen von der Mindestzügigkeit sowie von festgelegten Richtwerten an den Schulen möglich sein müssen, damit die in Stadtallendorf bestehenden Schulen weiteren Bestand haben.

Der Magistrat wird beauftragt, sich in diesem Sinne beim Schulträger und über den kommunalen Spitzenverband bei der Hessischen Landesregierung einzusetzen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang übernimmt wieder die Leitung der Stadtverordnetenversammlung.

**TOP 15 Erhalt der Möglichkeit der wirtschaftlichen Bestätigung für Stadtallendorf -
Gegen eine entsprechende Änderung der Hessischen Gemeindeordnung;
Antrag gem. § 14 GO der SPD-Fraktion vom 10.05.2004 (eingegangen am
11.05.2004)
Vorlage: SPD/2004/0009**

Zu diesem Antrag liegt ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion vor.

Zur Sache spricht Herr Stadtverordneter Hesse (SPD) und begründet den Antrag seiner Fraktion. Er signalisiert Ablehnung zum vorliegenden Änderungsantrag der CDU-Fraktion.

Zur Sache spricht Herr Stadtverordneter Ettl (AGS) und signalisiert Ablehnung zu beiden Anträgen.

Herr Stadtverordneter Dziuba (CDU) bittet um Zustimmung zum vorliegenden Änderungsantrag seiner Fraktion.

Herr Stadtverordneter Koch (BB-FDP) signalisiert Ablehnung beider Anträge.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Es wird zunächst über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion abgestimmt.

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Stadtallendorf hält auch in der Zukunft eine wirtschaftliche Betätigung der Kommunen im Rahmen der Daseinsvorsorge im Interesse der Bürgerinnen und Bürger für notwendig. Die wirtschaftliche Betätigung einer Kommune ist ein wesentlicher Teil der kommunalen Selbstverwaltung und muss im Rahmen der Daseinsvorsorge weiter möglich sein. Dadurch ist die Wahrnehmung kommunaler Aufgaben durch die Wirtschaft nicht ausgeschlossen.

Der Magistrat wird aufgefordert, sich in diesem Sinne über seinen kommunalen Spitzenverband bei der Hessischen Landesregierung einzusetzen.

Abstimmungsergebnis: 22 Ja (CDU, REP)
10 Nein (SPD, AGS, BB-FDP)

Es folgt nun die Abstimmung zum Antrag der SPD-Fraktion in der geänderten Fassung (Änderungsantrag der CDU-Fraktion).

Abstimmungsergebnis: 22 Ja (CDU, REP)
10 Nein (SPD; AGS, BB-FDP)

Somit ist der Antrag der SPD-Fraktion in der durch Änderungsantrag der CDU-Fraktion geänderten Fassung angenommen.

**TOP 16 Notwendige Maßnahmen für Hochwasserschutz; Anfrage gem. § 23 b GO der SPD-Fraktion vom 10.05.2004 (eingegangen am 11.05.2004)
Vorlage: SPD/2004/0010**

Die Anfrage wurde mit Schreiben vom 18.05.2004 durch den Magistrat beantwortet.

Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen nicht vor.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

TOP 17 Kenntnisnahmen

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

TOP 18 Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 19 Verschiedenes

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen ebenfalls keine Wortmeldungen vor.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang bedankt sich für die Teilnahme und wünscht einen guten Nachhauseweg.

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

Hans-Georg L a n g
Stadtverordnetenvorsteher

Jürgen Breitenstein
Dipl.Verw. (FH)